Nummer 454

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9gespaltene Zeile 1.50 Mk., Reklamezeile 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen z. Kurszettel, Zinsschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanzlisten, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone«

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Montag, 6. Oktober 1919

Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Einzelpreis 15 Pf.

Deutsche Männer und Frauen!

Bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt. Bewahrt Eurer Heimat auch die Treue, wenn ihr jetzt in fremdem Land, in fremder Stadt weilt. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Oberbietseite, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob Eure Heimat ferner noch zum Deutschen Reiche gehören soll, keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen, jeder tue seine Pflicht. Jeder Abstimmungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volkszählung in jede Familie kommen. Es gilt die Abstimmung vorzubereiten, von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab, jeder hole die Seinigen heran! Jede Stimme zählt, jede entscheidet!

Der Metallarbeiterstreik.

Die Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und dem Reichsarbeitsminister einerseits, dem Metallarbeiterverband andererseits stehen nach wie vor auf dem toten Punkt. Noch immer hält die Fünfzehnerkommission an ihren Forderungen fest, und es ist nicht abzusehen, daß sich zwischen den tiefen Gegensätzen, die sich in diesen Anschauungen ausprägen, eine Vermittlung herstellen läßt. Die Aktion der Mehrheitssozialisten beim Reichsarbeitsminister am Sonnabend nachmittag hat insofern einen Erfolg gehabt, als heute weitere Besprechungen stattfinden sollen. Man hofft, eine Grundlage dafür zu finden, daß Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Die Stimmung unter den Metallarbeitern richtet sich von Tag zu Tag mehr gegen die bisherige, unfruchtbare Taktik der Streikleitung und des Metallarbeiterverbandes. Immer neue Arbeitswillige wenden sich mündlich und schriftlich an die Betriebsleitungen und erklären ihre Arbeitswilligkeit. So hatten sich bei den Siemens-Werken bis zum letzten Donnerstag 8000 Arbeitswillige gemeldet, bis heute ist die Zahl auf rund 11 000 angewachsen. Auch bei Borsig hat die Mehrzahl der Arbeiter der Direktion mitgeteilt, daß sie die Arbeit wieder aufzunehmen wünschen.

Die Streikleitung hat dazu gegriffen, auch andere lebenswichtige Industrien in den Streik hineinzuziehen. So haben Sitzungen mit den Vertrauensleuten der Straßenbahner, Hochbahner und Omnibusangestellten stattgefunden. Die Vertrauensleute der Hochbahner lehnten eine Beteiligung an dem Streik rundweg ab. Sie erklärten, daß ihre Kollegen für einen neuen Streik unter keinen Umständen zu haben seien. Man wende sich in ihren Kreisen gegen den Radikalismus; Beweis hierfür sei, daß heute nur noch 8/10 der Hochbahner dem Deutschen Transportarbeiter-Verband angehörten, während vor dem Streik etwa 9/10 der Hochbahner dem Verband angeschlossen waren. Auch die Straßenbahner betonten, daß für einen Streik keine Stimmung vorhanden sei. Die Omnibusangestellten sprachen sich in gleichem Sinne aus.

Der Streik hat inzwischen eine weitere Verbreitung erfahren. Die A.E.G. in Hennigsdorf ist lahmgelegt worden, da dort 5000 Arbeiter sich dem Ausstand angeschlossen haben. Auch bei einigen kleineren Betrieben sind die Arbeiter in den Streik getreten.

In den Siemenswerken hat sich die Lage insofern geändert, als durch verstärkten polizeilichen Schutz die Arbeitswilligen jetzt, ohne für ihr Leben fürchten zu müssen, die Werkstätten betreten können. Die Arbeitswilligen machen von dieser Möglichkeit weitgehendst Gebrauch. Die Zahl derer, die sich gegen den Willen der Streikleitung zum Aussetzen ohne Bezahlung bereit erklärt haben, wächst, wie uns aus Arbeiterkreisen mitgeteilt wird, stündlich. Sie wird bereits auf weit über 10 000 geschätzt.

Die vom Metallarbeiterverband verbreitete Nachricht, in Siemensstadt hätten Reichswehrtruppen mit fliegenden schwarz-weiß-roten Fahnen ihren Einzug gehalten, ist erfunden. Reichswehrtruppen haben sich bisher in Siemensstadt überhaupt nicht gezeigt, zumal der nunmehr im Hinblick auf die Ausschreitungen gegen Arbeitswillige durch die Sicherheitspolizei Berlin verstärkte polizeiliche Schutz zurzeit völlig ausreichend erscheint.

Gegen den Verkehrsstreik.

Ein interessantes Bild, wie die Stimmung unter den Angestellten der Straßenbahn sich verschoben hat, gab eine Versammlung, die am Sonnabend auf dem Straßenbahnhof Weißensee stattgefunden hat. In der Versammlung sprach ein Mitglied des Arbeiterrats über die Notwendigkeit eines Streiks, falls die Forderungen der Elektrizitätsarbeiter, die bis Mittwoch befristet sind, nicht erfüllt werden sollten. Es sei ihm, führte er aus, bekannt, daß bei einem Ausstand der Elektrizitätsarbeiter die „Technische Nothilfe" in Kraft treten und den Betrieb der Werke fortführen solle. Das dürfe man nicht dulden, und es sei die Pflicht der Straßenbahner, sofort in einen Sympathiestreik zu treten, falls die Technische Nothilfe ihre Tätigkeit aufnehmen sollte. Diese Ausführungen wurden von der Versammlung unter Widerspruch aufgenommen. Darauf meldeten sich Schaffner und Fahrer zum Wort. Einer der Redner führte aus, daß es für die Straßenbahner gleich sein könne, wer den Strom liefere. Die Elektrizitätsarbeiter seien stark genug, ihre Forderungen selbst durchzusetzen. Wenn der Arbeiterrat von den Kollegen verlange, daß man in den Streik treten solle, so möge er vorher dafür sorgen, daß der Transportarbeiter-Verband die Streikunterstützungen in der Höhe des laufenden Gehaltes zahle. Man wolle nicht hungern, während der Arbeiterrat sein Geld weiter beziehe. Diese Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Die Schaffner und Fahrer verließen daraufhin die Versammlung und ließen den Arbeiterrat mit wenigen seiner Anhänger allein zurück.

*

Der Magistrat von Berlin teilt mit, daß die Streikgefahr bei den Gemeindearbeitern vorerst nicht akut ist. Für morgen ist ein Schlichtungstermin angesetzt worden.

*

Amerika den Amerikanern!

Die Bedingungen Washingtons.

Amsterdam, 6. Oktober.

Dem „Maandagochtenblad" wird aus New-York gemeldet, man erwarte allgemein, daß der Friedensvertrag mit folgenden Einschränkungen angenommen werden wird:

1. Ausdrückliche Bestätigung der Monroelehre.
2. Der Kongreß muß das Recht haben, darüber zu entscheiden, ob die Truppen der Vereinigten Staaten in Europa gebraucht werden dürfen.
3. Der Völkerbund darf nicht das Recht haben, sich in rein innere Angelegenheiten der Vereinigten Staaten einzumengen.

Die Einberufung des Völkerbundrates.

Versailles, 5. Oktober.

„Temps" glaubt, daß am 12. Oktober die erforderlichen drei Ratifikationen der alliierten Großmächte vollzogen sein werden, und daß dann der Rat des Völkerbundes werde zusammentreten können. Er habe nämlich in einer Anzahl wichtiger Fragen sofort Entscheidungen zu treffen. Er müsse namentlich innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages drei der fünf Mitglieder ernennen, die mit einem französischen und einem deutschen Delegierten die Kommission zu bilden hätten, die die Grenzlinie des Saargebietes festzusetzen habe. Außerdem habe er die fünf Mitglieder der Regierung des Saargebietes zu bestimmen sowie deren Präsidenten. Schließlich habe der Rat des Völkerbundes den Hohen Kommissar für Danzig zu ernennen. Aus allen diesen Gründen müsse die Einberufung des Rats des Völkerbundes dem Inkrafttreten des Friedensvertrages unmittelbar folgen und diese Zusammenkunft müsse auch dann stattfinden, wenn der Friedensvertrag in Amerika noch nicht ratifiziert sei. Demgegenüber bemerkt der „Intransigeant", man glaube, daß der Rat des Völkerbundes nicht wie Clemenceau in seinem Brief an Oberst House gewünscht habe, im Monat November, sondern erst zu Beginn des kommenden Jahres zusammentreten könne.

Die Niederlage der englischen Eisenbahner.

TU London, 6. Oktober.

Über die Bedingungen, unter denen die Beilegung des Eisenbahnerstreiks erfolgte, wird gemeldet: Die streikenden Eisenbahner nehmen die Arbeit sofort wieder auf. Die Verhandlungen werden fortgesetzt unter der Voraussetzung, daß sie vor Ende des Jahres beendet sind. Die gegenwärtigen Lohnsätze bleiben bis September 1920 aufrechterhalten und können dann herabgesetzt werden, wenn die Preise der Lebenshaltung inzwischen gefallen sein sollten. Der volle Zugverkehr wird möglicherweise bereits Dienstag wieder im Gange sein.

*

Vs Haag, 6. Oktober.

Eigener Drahtbericht.

Über die Beendigung des englischen Eisenbahnerstreiks ist noch zu melden, daß durch die Vermittelung der Gewerkschaften gestern Versammlungen zwischen der Regierung und dem Eisenbahnerkomitee zustande kamen, die nach mehrstündiger Dauer zu einem Vergleich führten. Darauf erklärte das Streikkomitee, sofort den Streik zu beenden, und forderte die Arbeiter auf, zur Arbeit zurückzukehren. Die Regierung wird erst nach Wiederaufnahme der Arbeit in Verhandlungen eintreten.

Erzberger—Helfferich.

Die Klageschrift Erzbergers gegen Helfferich ist am 29. September der Staatsanwaltschaft zugegangen.

*

Nach Eingang des Strafantrags des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Helfferich wegen Beleidigung hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I das Ermittelungsverfahren sofort eingeleitet. Die Bearbeitung der Sache liegt in den Händen des Oberstaatsanwalts Krause persönlich.

Die provisorische Verfassung Elsaß-Lothringens.

TU Genf, 6. Oktober.

Die französische Deputiertenkammer hat am 4. Oktober die Regierungsvorlage betreffend die provisorische Verfassung Elsaß-Lothringens angenommen. Die beiden Provinzen behalten demnach bis zur gesetzlichen Regelung ihre Verwaltung bei, d. h. die vom Deutschen Reiche geschaffene Organisation und Gesetzgebung. Der Vorsitzende des französischen Ministerrats, d. h. Herr Clemenceau, bleibt im Besitze der Regierungsgewalt, die er auch fernerhin durch den Generalgouverneur Millerand ausüben läßt und für deren Handhabung er nur dem französischen Parlament verantwortlich ist. Der Antrag des Abgeordneten Albert Thomas, wonach der von der französischen Regierung ernannte Oberste Rat durch einen Ausschuß von gewählten Vertretern der Gemeinden und Bezirksräte ersetzt werden soll, ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die endgültige gesetzliche Organisation Elsaß-Lothringens bleibt dem künftigen französischen Parlament vorbehalten, zu dem die drei Kreise Oberelsaß, Unterelsaß und Lothringen bei den bevorstehenden Wahlen insgesamt 24 Deputierte und 14 Senatoren zu ernennen haben. Der sozialistische Abgeordnete Lafont beantragte die sofortige Anwendung des neuen französischen Gesetzes über die Veräußerung des sequestrierten deutschen Besitzes auf Elsaß-Lothringen zum Zwecke der sofortigen Übernahme der gesamten Aktiv- und ihrer Ausbeutung durch den französischen Staat. Der Generalgouverneur Millerand bekämpfte diesen Antrag, weil er zur wirtschaftlichen Desorganisation des ganzen Landes führen würde. Die Kammer lehnte den Antrag hierauf ab.

Deutsche Note wegen unserer Kriegsgefangenen.

Die Reichsregierung hat der Schweiz am 30. September eine Note überreicht, worin sie um Entsendung schweizerischer Delegierter in die amerikanischen Gefangenenlager in Frankreich ersucht. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß neuerdings die deutschen Kriegsgefangenen von den Amerikanern grausam behandelt werden, ganz entgegen früheren Meldungen, die die amerikanischen Lager als gut hinstellten.

Die russischen Friedensbestrebungen.

Revat, 6. Oktober.

Die Konferenz der baltischen Staaten in Dorpat hat bekanntlich beschlossen, mit Unterschrift der Außenminister der baltischen Staaten ein Radiotelegramm an Tschitscherin zu senden, in welchem mitgeteilt wird, daß die baltischen Staaten bereit seien, mit der Sowjetregierung in Friedensverhandlungen in Dorpat einzutreten. Die Antwort auf diesen Vorschlag wird vor dem 25. Oktober verlangt. Unter den Bedingungen, die seitens der baltischen Staaten für die Aufnahme der Friedensverhandlungen geltend gemacht werden, befinden sich: Anerkennung der souveränen Selbständigkeit der baltischen Staaten, sowie Garantien seitens Sowjetrußlands, sich nicht in das innere Leben der selbständigen baltischen Staaten einzumischen. Die baltischen Staaten beschlossen, in allen wichtigen Fragen gemeinsam vorzugehen.

Kleine Nachrichten.

Anschließend an den Besuch des Reichspräsidenten werden sich heute abend der preußische Minister Hirsch sowie die Minister Oeser, Fischbeck und Braun zum Besuch der Einfuhrmesse nach Frankfurt a. M. begeben.

*

Der Streik der Hafen- und Transportarbeiter in Kiel ist beendet. Arbeitgeber und Arbeiter haben dem Tarifvertrag zugestimmt. In Lübeck mußte wegen Kohlenmangels der Straßenbahnverkehr und der Betrieb der Ueberlandzentrale eingestellt werden.

*

Nach in Bern vorliegenden Meldungen ist General House vorgestern nach den Vereinigten Staaten abgereist. Man vermutet, daß diese Reise durch die plötzliche Erkrankung Wilsons dringlich geworden ist.

*

Nach Meldungen aus Paris hat es den Anschein, als ob der Oberste Rat einstweilen von der Zusammenberufung einer ungarischen Friedensdelegation absehen wolle, da die Regierung Friedrichs bis jetzt von den Alliierten noch nicht anerkannt werde.

Die neuen Männer.

Von

Freiherrn v. Richthofen,

Mitglied der Nationalversammlung und der preuß. Landesversammlung.

Am Dienstag wird Reichskanzler Bauer in der Nationalversammlung über die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches sprechen. Er wird hierbei Gelegenheit nehmen, sein neues Kabinett dem Parlament vorzustellen und die Gründe darzulegen, die für einen Wiedereintritt der Deutschen Demokratischen Partei in die Reichsregierung bestimmend gewesen sind. Die Männer, die zu neuen Mitgliedern im Reichsministerium ernannt worden sind, haben in der Partei und über sie hinaus einen guten Namen. Der neue Reichsjustizminister Schiffer, der zu gleicher Zeit das Amt des Stellvertreters des Reichskanzlers inne hat, gilt mit Recht als ein vorzüglicher Jurist. Aus seinen reichen Erfahrungen heraus wird er gewiß die große Aufgabe zu bewältigen vermögen, die ihm in der bevorstehenden Reform unserer gesamten Straf- und Zivilgesetze erwächst. Eine Aufgabe, die die notwendige Ergänzung zu dem Werke der Weimarer Verfassung bildet, und deren Inangriffnahme längeren Aufschub nicht mehr duldet. Auch mit dem bisherigen Oberbürgermeister von Kassel, Koch, zieht ein Sachverständiger ersten Ranges in das Reichsministerium des Innern ein. Und die demokratische Partei hat auf diese Weise deutlich gezeigt, wie ernst es ihr mit der Erfüllung der Forderung ist, daß im parlamentarischen Staate die politisch bedeutungsvollen Ämter wohl unter Berücksichtigung der parteipolitischen Anschauungen besetzt werden sollen, daß aber nach wie vor eine wirkliche Sachkunde die Voraussetzung für jede Ernennung sein muß.

Außer den Ministerien der Justiz und des Innern wird noch ein Mitglied der demokratischen Partei an die Spitze des neuen Ministeriums für die wirtschaftliche Durchführung des Friedens berufen werden. Über die Notwendigkeit dieses neuen Ministeriums werden die Meinungen zweifellos auseinandergehen. Daß für die Entschädigung der Auslands- und Kolonialdeutschen eine oberste Instanz geschaffen wird, ist an sich gewiß in hohem Maße wünschenswert. Die Verhältnisse liegen hier außerordentlich schwierig und für die durch den Ausgang des Krieges so schwer in Mitleidenschaft gezogenen berufenen Pioniere des Deutschtums im Auslande war bisher nur in völlig ungureichender Weise gesorgt. Der neue Minister steht hier gewiß vor einer dankbaren Aufgabe. Das gleiche gilt von der Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, die uns durch die Bedingungen des Waffenstillstandes und Friedens brutal entrissen worden ist. Der Wiederaufbau der durch kriegerische Maßnahmen zerstörten feindlichen Gebiete ist aber eigentlich eine Angelegenheit der auswärtigen Politik. Denn das Deutsche Reich hat das lebhafteste Interesse daran, streng darauf zu halten, daß alles, was mit der Durchführung des Friedensvertrages zu tun hat und nur durch andauernde unmittelbare Verhandlungen mit den früher feindlichen Regierungen zu regeln ist, deutlichst in das Bereich der auswärtigen Politik verwiesen bleibt.

In dem Friedensvertrag liegt eine so große Gefahr für die Aufrechterhaltung der Souveränität des deutschen Staates, daß wir jede Möglichkeit einer Einmischung des Auslandes in unsere inneren Verhältnisse soweit wie möglich ausschalten müssen. Das neu zu bildende Ministerium wird daher praktisch einen Teil derjenigen Geschäfte zu erledigen haben, die an sich dem Ministerium des Auswärtigen zukommen müßten, und es wird daher nur im engsten Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt geleitet werden können. Der außerordentliche Umfang der von dem Ministerium des Auswärtigen zu bearbeitenden Angelegenheiten rechtfertigt aber vielleicht diese Trennung. Da bisher noch nicht mit Sicherheit fest steht, welches Verfahren die französische Regierung bei dem Wiederaufbau einzuschlagen gedenkt, so läßt sich auch über die eigentliche Tätigkeit des neuen Ministeriums noch nichts Bestimmtes sagen. Es ist möglich, daß ihm die gewaltige Aufgabe zufällt, die Massen deutscher Arbeiter, die die Wiederherstellungsarbeiten zu leisten haben, anzustellen, zu überwachen und im fremden Lande zu schützen; es ist aber auch denkbar, daß seine Leistungen auf Materialbeschaffungen und sonstige Vergebungen an die deutsche Industrie beschränkt bleiben.

Der Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung war eine nationale und damit politische Notwendigkeit. Die Lage unseres Vaterlandes erfordert eine Konzentration zum mindesten aller derjenigen Kräfte, die an der Schaffung des neuen deutschen Staates mitgearbeitet haben und ihn nach innen wie außen zu verteidigen bereit und damit zu vertreten befugt sind. Seit dem Austritt der Demokraten krankte unsere ganze innerpolitische Lage an einer gewissen Unwahrhaftigkeit. Denn die große demokratische Partei, die ihren politischen Grundanschauungen gemäß in erster Linie mit dazu berufen war, nicht nur an der Verfassung des neuen Deutschen Reiches, sondern an seiner weiteren inneren Ausgestaltung mitzuarbeiten, fand beiseite. Diesem unnatürlichen Zustand ist jetzt durch den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung erfreulicherweise ein Ende bereitet worden. Es steht aber zu hoffen, daß auch weit darüber hinaus die neue, wieder aus drei Parteien bestehende Reichsregierung der bisherigen Regierung der Sozialdemokratie und des Zentrums an innerer Festigkeit und damit an Energie und Entschlußfähigkeit überlegen sein wird. Denn hiervon hängt die Zukunft unseres Vaterlandes ab.

Die deutschen Demokraten sind sich vor ihrem Eintritt in die Regierung sicherlich sehr klar darüber gewesen, daß auf den verschiedensten Gebieten Maßregeln einschneidender Bedeutung ergriffen werden müßten. Der Reichskanzler Bauer wird in seiner Rede gewiß, ohne Widerspruch zu begegnen, feststellen können, daß er an seinem in Weimar dargelegten

4½ % Teil-Schuldverschreibungen wurden ausgelost:

Lit. A zu 1000 ℳ Nr. 39 111 182 183 211 220 224 252 276 300 320 410 420 429 430 444 452 472 489 650 700.

Lit. B zu 500 ℳ Nr. 703 704 707 708 710 711 712 713 714 716 717 719 721 722 723 725 726 727 729 730 731 733 734 736 737 739 740 741 742 743 744 747 748 750 753 755 757 760 761 762 763 764 765 766 769 770 771 772 774 775 776 779 780 781 782 787 789 790 791 792 794 795 797 798 799 801 804 806 807 808 812 815 816 818 819 820 821 822 823 824 827 828 829 831 832 833 835 838 840 841 842 844 845 847 848 851 852 853 854 855 856 857 858 859 860 861 862 864 865 866 867 868 872 874 875 876 877 879 880 881 882 883 884 885 887 888 891 893 894 896 897 899 900 905 906 907 909 910 911 912 914 915 916 920 922 923 924 925 927 928 929 930 931 932 934 935 936 937 939 942 944 945 946 947 948 951 952 953 954 956 958 960 963 964 965 967 968 970 971 972 974 975 978 980 981 982 984 985 986 987 988 989 990 991 992 993 995 997 998 999 1000.

Lit. C zu 300 ℳ Nr. 1002 1003 1005 1007 1008 1009 1011 1013 1014 1015 1016 1017 1018 1019 1020 1021 1022 1023 1024 1025 1026 1027 1030 1031 1032 1033 1035 1037 1038 1040 1041 1042 1043 1044 1045 1046 1047 1048 1052 1055 1057 1060 1062 1064 1065 1066 1067 1070 1071 1073 1074 1075 1077 1078 1079 1080 1081 1082 1083 1084 1085 1086 1087 1088 1089 1090 1091 1093 1094 1096 1097 1098 1100 1102 1103 1104 1105 1106 1108 1112 1113 1114 1117 1118 1119 1120 1121 1123 1125 1129 1128 1129 1131 1132 1133 1139 1140 1142 1143 1144 1145 1147 1148 1150 1151 1152 1155 1156 1157 1158 1159 1160 1161 1162 1166 1168 1169 1170 1173 1174 1175 1177 1179 1180 1181 1182 1183 1185 1186 1188 1191 1193 1195 1196 1197 1198 1199 1200 1201 1203 1204 1206 1208 1210 1211 1212 1213 1214 1217 1218 1219 1221 1234 1235 1237 1239 1233 1234 1236 1237 1238 1239 1243 1245 1247 1249 1250 1251 1253 1254 1255 1257 1258 1261 1262 1263 1265 1266 1267 1270 1271 1272 1273 1274 1275 1276 1277 1278 1280 1282 1284 1285 1286 1288 1291 1292 1294 1295 1298 1299 1300.

Lit. D zu 200 ℳ Nr. 1303 1304 1308 1309 1310 1312 1313 1314 1316 1317 1318 1320 1321 1322 1323 1324 1325 1326 1327 1330 1331 1333 1334 1336 1339 1340 1341 1342 1343 1344 1345 1346 1347 1349 1350 1351 1353 1356 1357 1358 1360 1361 1363 1364 1365 1366 1368 1369 1370 1372 1374 1375 1376 1377 1378 1379 1381 1382 1384 1386 1387 1388 1389 1390 1392 1393 1394 1396 1397 1398 1401 1402 1403 1404 1405 1406 1407 1408 1410 1411 1412 1415 1416 1417 1418 1419 1420 1421 1422 1423 1424 1426 1428 1432 1433 1434 1435 1436 1438 1441 1443 1445 1447 1449 1451 1452 1453 1456 1458 1459 1460 1466 1469 1470 1471 1472 1474 1475 1476 1476 1477 1479 1480 1483 1485 1486 1488 1489 1490 1491 1492 1493 1494 1496 1498 1501 1504 1505 1506 1508 1510 1511 1512 1513 1514 1515 1517 1518 1519 1520 1521 1522 1523 1524 1526 1527 1529 1530 1534 1535 1536 1538 1539 1540 1543 1544 1546 1547 1548 1550 1551 1552 1553 1554 1556 1558 1559 1561 1562 1564 1566 1567 1568 1569 1570 1574 1575 1576 1578 1579 1580 1581 1582 1584 1587 1588 1589 1593 1594 1598 1600.

Die Stücke nebst Zinsbogen werden am 2. Januar 1920 mit 103 % in Landsberg a. W. an unserer Kasse sowie der des Landsberger Kreditvereins eingelöst. (2292)

Landsberg a. W., den 20. September 1919.

Max Bahr,
Inteßsinnerei u. Weberei, Plan- und Sackfabrik.